

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck- und Verlag: Wilh. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 158

— Erscheint wöchentlich 6 mal. —
Bezugspreis freibleibend

Halver

Dienstag, den 8. Juli 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen
10 Goldpf. — Retikale 40 Goldpf. — Offertgebühren
10 Goldpf. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Ältestenrat des Reichstages tritt am 10. Juli zusammen, um sich mit den Beschwerden der Kommunisten über die Hausdurchsuchungen zu befassen.
- * Der Preussische Landtag hat sich gemäß den Abmachungen im Ältestenrat bis zum 14. Juli vertagt.
- * Reichsfinanzminister Dr. Luther hat jetzt in Essen formell seinen Rücktritt von dem Oberbürgermeisterposten erklärt.
- * Für Oberschlesien soll bis zur Nachwahl im September eine besondere Vertretung im Reichstage geschaffen werden.
- * Das Bürgerbörsekollegium in Hannover hat einen Antrag der Deutsch-Hannoveraner auf Abbau des Oberbürgermeisters Seinert angenommen.

Die englisch-französischen Händeleien.

Man ist sich wieder einmal gar nicht einig zwischen England und Frankreich — trotz des „pact moral“, den man in Chequers abgeschlossen hat. Und wie üblich, Frankreich sperrt sich gegen jedes Nachgeben Deutschland gegenüber. Der Grund zu den gegenwärtigen Zwistigkeiten, die sich schon zu einer Protestnote Herriots an Macdonald ausgewachsen haben, bilden die „Anregungen“ die von England an die Einladungen zur Konferenz angehängt wurden und die den Vorschlag bestimmter Bindungen nicht bloß für Deutschland, sondern auch für die alliierten Mächte enthalten. Über die Räumung des Ruhrgebietes nämlich. Aber das ist für Herriot — ohne hier auf seine innere Einstellung dazu eingehen zu wollen — der allerhöchste Punkt, weil er sehr starke parlamentarische Rücksichten bei der Behandlung dieser Angelegenheit zu nehmen hat, nämlich nämlich auf die Mitte und die Rechte, die mit Argusaugen darüber wachen, daß nichts, aber auch gar nichts von den Errungenschaften der Rhein- und Ruhrbesetzung preisgegeben wird. Und daher ist fast zu verstehen, daß Herriot nun an Macdonald eine Note gerichtet hat, in der ausdrücklich gesagt wird, daß sich Frankreich durch jene „Anregungen“ keineswegs als gebunden betrachte; denn in Chequers sei keineswegs irgendeine Formel festgelegt worden. Noch interessanter ist, daß nun auch Herriot — auch ein alter Tric poincaristischer Politiker, mit dem Herriot Vorgänger immer Erfolg hatte — einen Plan für die Herstellung der Garantien ausgearbeitet hat, die „durch die Durchführung des Sachverständigen-gutachtens erforderlich“ werden. Damit wird die politische Situation vollkommen klar: Macdonalds „Anregungen“ entsprechen dem Inhalt und dem Ziel des Sachverständigen-gutachtens und werden deshalb von Frankreich als unannehmbar bezeichnet, solange sie nicht „ergänzt“, d. h. unwirksam gemacht sind durch gewisse „Vorbehalte“, die Frankreich bei den gegenwärtigen oder späteren Auseinandersetzungen für „unumgänglich notwendig“ erklärt und die natürlich noch weit über das hinausgehen, was der Dawes-Plan an Sicherungen, Garantien vorsieht.

Und hierin liegt der zweite Punkt der englisch-französischen Differenzen: Frankreich will sich also in jeder Weise freie Hand in der wirtschaftlichen und politischen „Sicherungsfrage“ vorbehalten, will sogar nicht einmal auf sein „Recht“ verzichten, bei einer deutschen „Verfehlung“ zu — „drastischen Maßnahmen“ greifen zu dürfen, es will auch das Urteil über die Erfüllung bzw. Nichterfüllung des Sachverständigenplanes durch Deutschland der Reparationskommission überlassen wissen, obwohl englischerseits grundsätzlich zugestanden wird, daß die Bestimmungen dieses Planes weit über die der Versailler hinausgehen. Die Repko ist aber nur für die Überwachung der Durchführung dieser letzteren Bestimmungen eingesetzt, darauf ist ihre Kompetenz beschränkt, und England weigert sich nun, in die von Frankreich gewünschte Erweiterung dieser Kompetenzen einzuvilligen. Verständlich ist's, daß Frankreich diesen Wunsch hegt; denn es herrscht ja in dieser Kommission praktisch Unbeschränktheit, weil ihm dort der Vorsitz zusteht und es vom belgischen Vertreter durch und durch unterstützt wird, also ohne weiteres über drei (von sechs) Stimmen verfügt.

Auf der einen Seite hat der Lärm, der darob in Paris entstanden ist — auch die Frage der Räumung des linken Rheinuferes beginnt ihre Schatten vorauszuwerfen —, was man auch fast erwarten konnte, in England einen großen Beschäftigungszugang in Gang gebracht. Alles, alles werde ja erst auf der Konferenz behandelt werden, es sei ja alles nicht so böse gemeint; natürlich sei in Chequers das alles nicht etwa in den Einzelheiten festgelegt worden — kurz, das alte Lied, das wir seit Jahren kennen.

Eine Erleichterung bedeutet das alles aber für uns insofern, als wir auf der Londoner Konferenz nicht einer fest geschlossenen Front gegenüberstehen, daß wir vor allem nicht genötigt sind, vor dieser Konferenz uns selbst jede Bewegungsfreiheit abzuschneiden durch legislatorische Festlegung auf die Durchführungsbefristungen des Dawes-Planes. Denn wenn wir diese Bestimmungen annehmen müssen, so können wir das auch von der Gegenseite verlangen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Parteiführer beim Außenminister.

Der Außenminister Dr. Stresemann hat die Parteiführer mit Ausnahme der Deutschvölkischen und Kommunisten zu

einer Besprechung der außenpolitischen Lage empfangen. Dabei kam zum Ausdruck, daß eine Beratung des Reichstages über die Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten nicht mehr vor der Londoner Konferenz vorgenommen werden könne, da die Organisations-Ausschüsse mit ihren Arbeiten nicht rechtzeitig fertig werden. Der Minister machte weiter Mitteilung über den Verlauf der Verhandlungen sowie die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen, die auf alliierter Seite zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens in Betracht kommen, sowie über die Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über die Räumung des Ruhrgebietes. Im ganzen diente die Besprechung nur einer allgemeinen Unterrichtung der Parteiführer über die augenblickliche Lage.

Monatliche Gehaltszahlung bis 31. Dezember.

Die neue Verordnung über die Gehaltszahlung an die Beamten, von der in den Verhandlungen mit den Organisationen die Rede war, ist bereits vom Reichspräsidenten erlassen worden. Sie ermächtigt den Reichsfinanzminister, bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres eine monatliche Auszahlung anzuordnen. Die Spitzenorganisationen bedauerten an sich diese Maßnahme, konnten sich aber der Berechtigung der geltend gemachten Gründe nicht verschließen und haben um eine Verkürzung der Frist gebeten. Diesem Wunsche ist dadurch entgegengekommen, daß der Reichsminister der Finanzen die monatliche Zahlungsweise vorläufig nur bis zum 31. Dezember 1924 angeordnet hat.

Der Separatistenführer Matthes ausgeschickt.

Der Gründer und Leiter des sonderbündlerischen rheinisch-westfälischen Volksbundes, Matthes, ist nach einer stürmischen Sitzung vom Fünfehnernauschuß aus dem Bunde ausgeschlossen. Begründet wurde der Ausschuß des Matthes u. a. mit seinem selbstherrlichen Handeln und Auftreten. — Die Kölnische Zeitung bemerkt dazu: „Die Haltung des Fünfehnernauschusses und die steigende Zersetzungs der eigenen Partei ist die beste Antwort auf die hochfliegenden politischen Pläne von Matthes. Auch die zu erwartenden krampfhaften Versuche, das lediggewordene „Staatsschiff“ wieder flott zu machen, werden vergeblich sein. Matthes ist erledigt, seine Zeit ist vorbei.“

Schweiz.

× Gefahren des Garantiepakts. Eine vom Volkswort für die Unabhängigkeit der Schweiz einberufene öffentliche Versammlung faßte nach einem Referat des Nationalrats-Mitgliedes Zingler eine Entschiedenheit, in der es heißt, der zum Abschluß vorgelegte Garantiepakt ändere den Völkerverbundspakt in grundlegenden Punkten ab und schaffe neue Möglichkeiten, die Schweiz in die internationalen Verwicklungen hineinzuziehen. Seine Verwirklichung müsse deshalb vom Bundesrat mit allen Mitteln, und wenn möglich gemeinsam mit anderen Neutralen bekämpft werden. Die Schweiz dürfe Truppendurchzüge grundsätzlich nicht zulassen.

Nordamerika.

× La Follette Präsidentschaftskandidat. La Follette hat in einem Briefe an den Konvent der Konferenz für fortschrittliche politische Aktion die Aufforderung des Konvents, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen, angenommen. La Follette sagt in seinem Briefe, die Zeit sei reif für eine freibare politische Bewegung, die von den alten Parteien unabhängig sei und den Bedürfnissen der großen Volksmassen entspreche.

Aus In- und Ausland.

Duisburg. Dem ausgewiesenen Duisburger Oberbürgermeister und jetzigen Reichsinnenminister Dr. Jarres ist die Rückkehr nach Duisburg gestattet worden.

Düsseldorf. Die Stadtverwaltung, die Industrie- und Handelskammer sowie die Wirtschaftsverbände Düsseldorfs verlangen, daß bei etwaigem Vertragsabschluß auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens die gleichmäßige Behandlung der sog. Sanktionsgebiete mit dem Ruhrgebiet unbedingt sichergestellt und damit die demnächstige Befreiung von der Besatzung gewährleistet wird.

Belgrad. Bei Strumica kam es zu einem heftigen Kampf mit einer 100 Mann starken bulgarischen Kommandoschwabbe, welche über die jugoslawische Grenze gedrungen war. Die Angreifer wurden über die Grenze zurückgetrieben.

Rom. Der faschistische Nationalrat ist auf den 20. Juli nach Rom einberufen worden, um über die Neuorganisation der Partei zu beraten.

Warschau. Hier ist vom Handelsminister Niedron im Namen der polnischen Regierung sowie von den Vertretern eines polnisch-französischen Konsortiums ein Vertrag über den Ausbau des Danziger Hafens unterzeichnet worden. Der Hafenausbau soll bis zum Jahre 1930 zu Ende geführt werden.

Die KPD. protestiert.

Zu den Hausdurchsuchungen im Deutschen Reichstag und Preussischen Abgeordnetenhaus wird uns von eingeweihter Seite geschrieben:

Es ist selbstverständlich, daß sich die Kommunisten des Reichstages ebenso wie die des Landtages in heftigsten Protesten gegen die Durchsuchung ihrer Fraktionsräume ergaben. Sie beantragen sofortige Einberufung des Ältestenrats und des Reichstages, Beschaffung eines Verzeichnisses der „entwendeten“ Schriftstücke und Ausständigung derselben an den Fraktionsvorstand der Kommunistischen Partei. Der Präsident soll die sofortige Rückgabe des Materials an die kommunistischen Abgeordneten veranlassen und der Geschäftsordnungsausschuß soll das Material daraufhin prüfen, ob der Verdacht des Präsidenten, daß sich in den Räumen der kommunistischen Partei Material befinde, durch dessen Beschlagnahme Verbrechen des Mordes verhütet werden können, begründet

sei. Schließlich wird verlangt, daß der Präsident der kommunistischen Fraktion sofort öffentlich Genugung gebe.

Die letzte Forderung mutet, selbst wenn man der Enttarnung der Kommunisten in weitgehendem Maße Rechnung trägt, doch recht merkwürdig an. Die Herrschaften können sich selbst sagen, daß von Genugung erst die Rede sein kann, wenn festgestellt ist, daß ihnen ein Unrecht angetan wurde. Man muß abwarten, ob diese Feststellung gelingt. Es darf nicht vergessen werden, daß gegen die Mitglieder der Zentrale der K. P. D. ein Hochverratsverfahren schwebt, über das im Reichstag bereits ein Bericht erstattet wurde. Die Anklage gegen sie gliedert sich in folgenden Punkten: 1. Bildung proletarischer Hundertschaften in allen Teilen des Reichs zur Durchführung des bewaffneten Umsturzes, 2. Sicherstellung von Waffen mit allen Mitteln, insbesondere auch durch Beschaffung von Soldaten und Polizeibeamten, durch Beschaffung von Sprengstoffen und durch fabrikmäßige Herstellung von Handgranaten, 3. Organisation eines umfassenden politischen und militärischen Nachrichtendienstes zur Vorbereitung des Umsturzes, 4. Vorbereitung von Sprengstoffattentaten auf die Reichsbahn und Einrichtung von Entgleisungskolonnen, 5. Zersetzung von Reichswehr und Polizei durch einen eigens dazu eingerichteten Zersetzungsdienst, 6. Bildung von Terrorgruppen, um in geeigneten Augenblick durch Gewalttaten die Bevölkerung in Schrecken zu setzen und dadurch den Widerstand zu lähmen, 7. Einrichtung einer — bereits in Tätigkeit getretenen — Nordorganisation (Tscheta) zwecks Beseitigung von Parteiverrätern und prominenten Gegnern.

Es kommt hinzu, daß gerade jetzt wieder ein Schreiben Trotskis an die Zentrale der K. P. D. unter den Kommunisten verbreitet wird, in dem der Kampf um die Macht gepredigt wird. Nicht mit geistigen Waffen! Die Massen sollen in den Kampf geführt werden.

Wirtschaftsabkommen mit Griechenland.

Meistbegünstigung für die wichtigsten Artikel.

Der deutsche Geschäftsträger in Athen und der griechische Außenminister haben ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen sichert allen wichtigen deutschen Exportartikeln die griechische Meistbegünstigung und den deutschen Schiffen bei ihrem Verkehr in griechischen Häfen die Gleichstellung mit griechischen Schiffen, insbesondere auch bezüglich der zu entrichtenden Gebühren und Abgaben zu, wogegen deutscherseits der griechischen Regierung ein Kontingent für die Einfuhr griechischer Weine und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes für die Einfuhr griechischen Tabaks zugesichert worden ist. Das Abkommen, dessen Inkrafttreten noch besonders bekanntgegeben werden wird, ist für sechs Monate mit stillschweigender Verlängerung von drei zu drei Monaten geschlossen worden.

Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Höhere Miets- und Kartoffelpreise.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich für Mittwoch, den 2. Juli, auf das 1,17-fachste der Vorkriegszeit. Die Steigerung von 5,4 % gegenüber der Vorwoche ist auf die Erhöhung der Wohnungsmieten sowie auf die hohen Preise für Kartoffeln neuer Ernte zurückzuführen, die zum Teil in die Berechnung einbezogen worden sind. Für den Durchschnitt des Monats Juni berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,12-fachste (Mai 1,20 bill.).

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 8. Juli 1924.

□ Paketverkehr mit dem besetzten Gebiet. Die fremden Zollstellen im besetzten Gebiet beschlagnahmen zahlreiche Pakete mit zulaufegenehmigungspflichtigen Waren aus dem unbefetzten Deutschland, namentlich nach Osten des Oberpostdirektionsbezirks Köln, weil die Zulassungseignung vom Absender nicht bescheinigt und beigelegt ist. Die Pakete werden nur gegen Zahlung einer hohen Zolllast freigegeben. Außerdem wird von den nicht am Zollort wohnenden Paketempfängern verlangt, daß sie zur Einlösung der Pakete persönlich bei der Zollstelle erscheinen. Die Schenkungen und Weiterungen lassen sich vermeiden, wenn die Paketversender die Zollvorschriften beachten.

□ Preisausschreiben für Wandbilder über Unfallschutz. Die Reichsarbeitsverwaltung erläßt ein Preisausschreiben für Wandbilder, die die Vorgänge und Einrichtungen des Unfallschutzes augenfällig machen sollen. Im Jahre 1921 zählte man in den gewerblichen Betrieben Deutschlands nicht weniger als 500 000 Unfälle, von denen 6000 den Tod, 17 000 dauernde Erwerbsunfähigkeit nach sich zogen. Die bedauerlich hohe Zahl würde sich vermindern lassen, wenn allen Beteiligten Bedeutung und Wert der Schutzvorrichtungen ständig vor Augen geführt würden. Dies könnte durch den Aufhang von Wandbildern in den Betrieben geschehen. Entwürfe zu solchen Wandbildern zu erhalten, ist der Zweck des Preisausschreibens der Reichsarbeitsverwaltung. Es sind Preise im Gesamtbetrag von 3000 Mark — darunter ein erster Preis von 1000 Mark — ausgesetzt für die besten Lösungen der drei zur Wahl gestellten Aufgaben. Unterlagen und nähere Anweisungen sind gegen Erlegung von 0,50 Rentenmark in der Reichsarbeitsverwaltung, Berlin NW. 6, Luisenstraße 33, erhältlich und können durch die Post bezogen werden.

□ Erhöhung der gerichtlichen Schreibgebühren. Durch eine Verordnung des Reichsjustizministers wird mit Wirkung vom 10. Juli die Schreibgebühr bei den Gerichten für die Seite von 10 auf 20 Goldpfennige erhöht, und

Am 1. Juli. Dr. Wadler von der bayerischen Regierung begnadigt und aus dem Zuchthaus in Straubing entlassen worden. Er hat Bayern verlassen und ist nach Köln übergesiedelt. Wadler, der Mitglied der Kärnerregierung und Kommissar für das Wohnungswesen war, war zusammen mit Erich Mühsam vom Standgericht München zu acht Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Ein Regierungspräsident vor dem englischen Kriegsgericht.

Köln, 6. Juli. Der Prozess gegen den stellvertretenden Kölner Regierungspräsidenten, Ministerialrat Schneider, der morgen vor dem englischen Kriegsgericht stattfinden soll, wird wahrscheinlich zwei Tage dauern. In der Anklageschrift wird Schneider vorgeworfen, er habe von der Verteilung der gefälschten Regierungsanträge gewusst und keine Mitteilung darüber an die englische Besatzungsbehörde gemacht.

Das Disziplinarverfahren gegen Ponsid.

Leipzig, 6. Juli. Vor einigen Monaten hatte die Disziplinar-Kammer Berlin auf Antrag des Reichsjustizministeriums auf Dienstentlassung des Geheimrats Dr. Ponsid-Berlin wegen Neupublikation und monarchistischer Gesinnung erkannt. Geheimrat Ponsid hatte Revision eingelegt, über die jetzt der Reichsdisziplinarhof entschieden hat. Der Reichsdisziplinarhof hat den Spruch der Berliner Disziplinarkammer aufgehoben und im weitestgehenden freisprechend entschieden. Zum Teil ist Geheimrat Ponsid eine Geldstrafe auferlegt worden. Außerdem ist auf Strafverfolgung erkannt worden.

22 Opfer des Massenmörders.

Hannover, 6. Juli. Auf Grund der Erkennung von Mordbündnissen durch Angehörige von Vermissten können jetzt 22 Opfer des Massenmörders Haarmann als selbst getötet angesehen werden. Den letzten Mord hat Haarmann acht Tage vor seiner Verhaftung verübt.

Im Gewittersturm gekentert.

Stettin, 6. Juli. In der Nähe des Ostseebades Mischbröh hat sich ein schweres Unglück ereignet. In der Nacht zum 5. Juli sind vier Fischer zum Fischfang ausgefahren und nicht wieder zurückgekehrt. Ruder und andere Sachen der Fischer sind angetrieben worden. Man nimmt an, daß das Boot im Gewittersturm gekentert ist und die Insassen ertrunken sind.

Politischer Mord im Saargebiet.

Saarbrücken, 6. Juli. In einer der letzten Nächte wurde in dem benachbarten Dübweiler der Bergmann Neumann vor einer Wirtin mit einem Knüttel erschlagen. Als mutmaßlicher Täter wurden mehrere der Kommunisten, darunter auch der kommunistische Abgeordnete des Landrates, Reinhardt, verhaftet. Die Tat war offenbar gegen den Bruder des Erschlagenen gerichtet, wegen seiner Mitgliedschaft am sogenannten Saarbund, zu dem die freien Gewerkschaften in scharfer Opposition stehen.

Ein Denkmal für einen Mörder.

Prag, 6. Juli. Mitglieder der tschechischen demokratischen Partei, haben in Benešau den Beschluß gefaßt, aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo dem Mörder Gavrilu Prinzips auf dem ehemaligen Schloß des Erzherzogs in Konopischt bei Benešau ein Denkmal zu errichten.

Eine französische Note an die Verbündeten.

Paris, 6. Juli. In einem Ministerrat über die Londoner Konferenz, der gestern nachmittag hier stattfand, beschloß man, den französischen Standpunkt in einer Note an die Verbündeten auseinanderzusetzen. Der Text der Note soll morgen fertiggestellt sein.

Eröffnung der Olympischen Spiele.

Paris, 6. Juli. Gestern fand hier im Beisein von fast 25.000 Personen, die feierliche Eröffnung der Olympischen Spiele statt. Der Präsident der Republik, die Präsidenten der Kammern und des Senats, Vorgesetzte, Gäste und andere hohe Persönlichkeiten wohnten der Eröffnungsfeier bei.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt ordnet unter dem 25. 6. 1924 folgendes an:

Die gesetzliche Miete beträgt 62 v. H. der reinen Friedensmiete. Bei der Festsetzung der Miete auf 62 v. H. sind die großen Instandsetzungsarbeiten berücksichtigt worden. Aus der gesetzlichen Miete sind nunmehr neben den Betriebskosten sämtliche auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten von dem Vermieter zu entrichten. Für das Wassergeld sind 3 v. H. der Friedensmiete in der gesetzlichen Miete in Anrechnung gebracht. Falls der Vermieter das Wassergeld umlegt, vermindert sich die gesetzliche Miete um 3 v. H. Ferner sind von den 62 v. H. der reinen Friedensmiete für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten 15 v. H. in Ansatz gebracht. Führt der Mieter die laufenden Instandsetzungsarbeiten in seiner Wohnung selbst aus, so vermindert sich die gesetzliche Miete um 4 v. H. Der 100% übersteigende Gemeindefußschlag zur Grundvermögenssteuer (50%) kann nach wie vor auf die einzelnen Mieter umgelegt werden. Obige Bekanntmachung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Gleichzeitig tritt meine Bekanntmachung vom 11. 6. 24 über Mietzinsbildung außer Kraft.

Halver, den 1. Juli 1924.

Der Amtmann.

Mietzinsbildung im Amte Lüdenscheld am 1. 7. 1924.

Die gesetzliche Miete beträgt 58 v. H. der Friedensmiete. Die Schönheitsreparaturen entfallen zu Lasten des Mieters. Aus der gesetzlichen Miete sind nunmehr neben den Betriebskosten sämtliche auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten zu entrichten. Der Vermieter ist berechtigt, den Fußschlag der Gemeinde zur Grundvermögenssteuer, soweit er mehr als 100 v. H. beträgt, umzulegen. Der gemeindliche Fußschlag beträgt in der Landgemeinde 110 v. H., beträgt in der Gemeinde Lüdenscheld 125 v. H.

Bei der Festsetzung der gesetzlichen Miete auf 58 v. H. sind die großen Instandsetzungsarbeiten berücksichtigt worden. In denjenigen Fällen, in denen das Mieteneinigungsamt auf Grund der bisherigen Vorschriften einen besonderen Fußschlag für große Instandsetzungsarbeiten festgesetzt hat, vermindert sich die gesetzliche Miete um den zugebilligten Betrag, soweit dieser am 1. Juli 1924 oder später fällig wird.

Lüdenscheld, den 1. Juli 1924.

Der Amtmann.

Wieder der Achtstundentag von Deutschland verlangt.

Genf, 6. Juli. Den Verhandlungsgegenstand bei der gestrigen Schlusssitzung der Internationalen Arbeitskonferenz bildete die Frage des Achtstundentages in Deutschland, und zwar lag ein Antrag des französischen Arbeitsdelegierten Joubert vor, die Reparationskommission möge die Annahme des Sachverständigenratschlags von der Einhaltung des Achtstundentages in Deutschland abhängig machen oder, falls dies nicht möglich sein sollte, die Leistungen Deutschlands entsprechend erhöhen. Joubert verneint die Notwendigkeit, um der Leistung der Reparationen willen die Arbeitszeit zu verlängern.

Hungerkatastrophe an der Wolga.

Moskau, 6. Juli. Aus Moskau wird gemeldet, daß Rußland vor einer neuen Hungerkatastrophe stehe. In der Wolga sollen fünf Millionen Menschen vom Tode bedroht sein.

Welt und Wissen.

w. Eine neue Tropfsteinhöhle gefunden. In Rißberg, im Oberlagbachgebirge, hat man eine neue Tropfsteinhöhle entdeckt, durch die man etwa 80 Meter in den Berg vordringen kann. Leider ist die Höhle nicht gleich gesperrt worden, so daß wichtige Funde verloren gingen. Man hat dort Reste vom Höhlenmenschen gefunden. Einige Schädelknochen und ein gut erhaltenes Unterkiefer sind gerettet worden. Die Höhlen des Rißberges sind schon von früher her bekannt als wichtige Fundorte von Überresten des Höhlenmenschen und von Überresten des Menschen aus der Vorzeit.

w. Sauerstoff gegen Seekrankheit. Der „Newport Herald“ teilt die Ergebnisse einer neuen Behandlungsweise mit, die in letzter Zeit bei Seekranken angewendet wurde und großen Erfolg hatte. Alle zur Seekrankheit neigenden Passagiere, die auf dem Schiff Sauerstoffinhalationen vorgenommen hatten, fühlten sich erleichtert und hatten keinerlei Beschwerden während der Reise. Dem amerikanischen Blatt zufolge braucht man nur eine ganz geringe Menge Sauerstoff, um sich vor der Seekrankheit zu bewahren. Der Sauerstoff wird eingeatmet mittels eines kleinen tragbaren Apparates, den jeder auf Reisen mitnehmen kann.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Vor dem Ende des Grass-Prozesses. Aus Stettin wird berichtet: Im Prozess gegen die Mörder des belgischen Leutnants Grass erklärte der Verteidiger am Schlusse seines Plädoyers, daß die Angeklagten Kraws und Engeler nur des Totschlages schuldig seien; Schwirrat aber sei an der Tat gänzlich unbeteiligt gewesen und müsse deshalb freigesprochen werden. Die Urteilsverkündung ist für Dienstag zu erwarten.

§ Der Minister auf der Anklagebank. In dem Prozess gegen den früheren thüringischen Innenminister Hermann vertrat, wie aus Weimar gemeldet wird, die als Zeugen vernommenen früheren thüringischen Minister Frölich und Hartmann den Standpunkt, daß in den zur Anklage stehenden Handlungen nichts Strafbares zu finden sei. Mehrere Zeugen aus der alten Beamenschaft waren dagegen der Ansicht, daß das von Hermann geübte Anstellungsverfahren gegen jedes Herkommen verstoßen habe. Nach Schluß der Beweisnahme beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Regierungsdirektor Kunze eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis mit dem Anheimgelassen, die Unteruchungshaft anzurechnen, gegen den Minister Hermann 2 Monate Gefängnis mit dem Anheimgelassen, gegen Entrichtung einer Strafbüße Strafschub zu gewähren, gegen die Kreisdirektoren Hirschmann, Rennert und Paulian je 2 Monate Gefängnis mit dem Anheimgelassen an den Gerichtshof, die Strafe in eine Geldstrafe von je 1500 Mark umzuwandeln. Für den Mitangeklagten Kreisdirektor Koch-Gotha beantragte der Oberstaatsanwalt Freispruch.

§ Hohe deutsche Postbeamte vor dem französischen Kriegsgericht. Wegen Durchschneidens der Telegraphenverbindung Rheinfeld-Berlin bezogen sich Vordirektor Karl Hartung,

Postrat Thurmman und die Telegraphen-Inspektoren Goerner und Loreb, sämtlich aus Mülheim-Ruhr, vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz zu verantworten. Obgleich die Angeklagten erklärten, daß sie mit der Sache nichts zu tun gehabt hätten, verurteilte das Kriegsgericht den Postrat Thurmman zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, den Postinspektor Loreb zu 6 Monaten Gefängnis und 300 Mark, Oberinspektor Goerner zu einem Monat Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Postdirektor Hartung wurde freigesprochen.

§ Die Franzosen begnadigen. Der im Düsseldorf-Schubprozess zu 5 Jahren Gefängnis verurteilte Oberleutnant Hubner ist begnadigt und aus dem Gefängnis zu Zweibrücken entlassen worden. Von den Angeklagten dieses Prozesses befinden sich noch in Haft: Hauptmann Bohl und Oberwachtmeister Berger. Bohl ist seinerzeit zu 5 Jahren Zuchthaus, Berger zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. Berlin-Konstantinopel-Angora. Ein Junfermannsflugzeug startete mit Post beladen, um von Berlin nach Konstantinopel und Angora zu fliegen. Die Strecke ist 2500 Luftkilometer lang und soll in 24 Stunden zurückgelegt werden, während die Eisenbahnfahrt über 110 Stunden dauert.

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Die Angestelltenwahlen im Ruhrbergbau.) Die endgültigen Zahlen für die Angestelltenwahlen zur Ruhrknappschaft liegen nunmehr vor. Danach haben erhalten die Afa 7374, die „Nejorm“ (D. S. B. Abteilung Bergbau und Verband kaufmännischer Grubenbeamter) 4679, Gewerkschaftsbund deutscher Angestellter 245, die Liste „Glückauf“ (Christlich) 821, der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter 1527 und eine Sonderliste 261. Den 7374 Stimmen für die Afa stehen mithin 9633 Stimmen der gemäßigten Bergbauangestelltenorganisationen gegenüber.

Börse und Handel.

Die Deutsche Reichsbank 1923. Reichsbankpräsident Dr. Schacht eröffnete die Generalversammlung der Anteilseigner der Reichsbank. Aber das an Währungsirren reiche Geschäftsjahr 1923 läßt sich rückwärtsgerichtet auch bei der Reichsbank nicht sagen. Der Goldbestand wies zu Beginn des besprochenen Jahres 10.004,8 Millionen Mark auf, am Ende des Jahres nur noch 1467 Millionen Mark.

* Aufgehobene Ausfuhrverbote. Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers wird vom 11. Juli 1924 ab das Ausfuhrverbot für Kieselgur (Zufuhrerz), für Barmesmasse aus Kieselgur, für Bauplatten, um Stein aus Gips, für Silberdraht, für Glühspan (Sammerkugeln und Walzlinder) und für rohes Kupfer aufgehoben.

* Ausfall der Berliner Börsen. Am Sonnabend, den 5. Juli, fiel in Berlin die Devisen- und Produkturbörse aus, so daß also amtliche Notierungen auf diesen Gebieten nicht erfolgten.

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, den 5. Juli. Auftrieb: 2731 Rinder (darunter 736 Bullen), 624 Ochsen, 1371 Kühe und Kälber, 1765 Kälber, 7976 Schafe, 9374 Schweine, 4 Ziegen. Preise: Ochsen a) 40-45, b) 34-38, c) 28-32, d) 24-26; Bullen a) 36-38, b) 32-34, c) 25-30; Kühe und Kälber a) —, b) 35-43, c) 28-32, d) 22-25, e) 16-18; Ferkel 23-28; Kälber a) —, b) 55-60, c) 45-52, d) 35-42, e) 25-32; Stallschlachtschafe a) 40-48, b) 25-35, c) 15-20; Schweine a) —, b) 53-54, c) 52-53, d) 49-51, e) 46-48, f) 44-45; Sauen 46-50; Ziegen 15-20. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Knaben-Blusen
Kieler-Wasch-Anzüge
Sommer-Joppen
farbige Leinen-Joppen
schwarze Lüster-Joppen
Bade-Hosen
empfiehlt
in reicher Auswahl
zu billigen Preisen
Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bahnhof.

Amts - Sparkasse Halver.

Hauptstelle: Halver. — Zweigstelle: Schalksmühle.
Reichsbank - Giro Lüdenscheld.
Postcheck Dortmund No. 3835.

Gold-Spareinlagen

bei unbedingter Wertbeständigkeit.

Wir nehmen Spareinlagen auf Dollar-grundlage entgegen und verzinsen dieselben zur Zeit

1. als täglich abrufbar mit . . . 8 v. H. jährl.
 2. bei gegenseitigem Kündigungsvorbehalt von 15 Tagen mit . . . 10 v. H. „
 3. bei desgleichen von 3 Monaten mit . . . 12 v. H. „
- Als Kurs für die Umrechnung des einzuzahlenden Betrages gilt der letzte amtliche Dollarmittelkurs der Berliner Börse am Tage des Eingangs, wobei der Dollar mit 2. Zt. 4,20 Goldmark zugrunde gelegt wird.

Der Sparkassen-Vorstand.

Damen- und Herren-

-Konfektion

auf

Teilzahlung

Warenhaus

Schiffelers

Hagen,

Elberfelderstrasse 96.

Eingang

Möbelgeschäft.

Lager-Metall,

Modell- und Schriftmetall,
Lötzinn, Hart- und Weich-
Blei, Antimon, Schlaglot,
etc. Lötkeilben etc.

854 Liefert prompt
Heinrich Borgmann, Hagen i. W.
Frankfurterstr. 3. :: Fernruf 1566.

Das beste Taschenfeuerzeug.

Dasselbe nimmt mehr Brennstoff auf, wie alle andern Feuerzeuge gleicher Größe mit Benzinbehälter. Da durch die gute Abdichtung keine unbenutzte Vergasung stattfindet, wird der Brennstoff restlos und sparsam verbraucht. Eine Füllung hält wochenlang und speist den doppellangen bis zum Boden reichenden Docht dauernd gleichmäÙiger als alle Benzinbehälter, ganz egal ob das Feuerzeug täglich, stündlich oder gar als Kerze benutzt wird.

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Pianos

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.

Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelabrik
Hagen i. W.

Filliale: Berlin
Hardenbergstr. 14.
NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.

Breinshaus Halver.

Herzliche Einladung an Jedermann zu den

Vorträgen

von Pastor Fischer-Essen.
Dienstag, 8. Juli abends 7 1/2 Uhr: Thema: Unsere Ziele.
Mittwoch abends 7 1/2 Uhr: Thema: Jesus und das Blaue Kreuz.
Donnerstag abends 7 1/2 Uhr: Thema: Ein göttlicher Auftrag.
An jedem Nachmittag 7 1/2 Uhr Bibelstunde über d. Philemonbrief.

Nachbarsch. Sterbekasse Schulbezirk Heesfeld.

Sonntag, 13. Juli nachmittags 5 Uhr im Lokale des Herrn Ernst vom Berg, Deckinghausen.
Gen.-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Turn-Berein Grünbaum.

Mittwoch, 9. ds Mts. abends 8 Uhr
Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder.
Der Vorstand.

G e s u c h t
von kleiner Familie in ruhigem Hause abge-schlossene
4-5 Zimmerwohnung evtl. in Tausch gegen kleinere von 3 Zimmern und Bodenstube.
Melddungen erb. unt. R. 1200 an die Geschft. des Allg. Anz. Halver.